



Postulat Nr. 251 2004/2009

Eingang Stadtkanzlei: 7. März 2007

Fördern und fordern – obligatorische Deutschkurse für Einwanderer

Die Sprachkompetenz ist ein Türöffner. Sie erst ermöglicht die volle Integration – in unsere Gesellschaft, in unser Arbeitsleben, sie ist Voraussetzung für den gesellschaftlichen Aufstieg und für die gesellschaftliche Anerkennung.

Viele Neueinwanderer sind sich dessen anfangs nicht bewusst und merken erst dann, wie wichtig Sprachkompetenz ist, wenn es zu spät ist.

Deshalb müssen die Neueinwanderer zu ihrem Glück gezwungen werden.

Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, folgende Forderungen zu prüfen:

Ein Deutsch- und Integrationskurs wird für alle Einwanderer aus Nicht-EU- und Nicht-EFTA-Staaten obligatorisch. Das gilt auch für hoch qualifizierte Arbeitnehmer, aus der Überlegung heraus, dass ausserhalb der Arbeitswelt Kenntnisse der lokalen Sprache zur Bewältigung des täglichen Lebens auch für diese Menschen unumgänglich sind.

Deshalb dürfen Kursabsenzen nur sehr restriktiv erteilt werden.

Dieser Deutsch- und Integrationskurs wird mit einer Prüfung abgeschlossen. Es wird ein Attest ausgestellt.

Einwanderern, die dieser Kursverpflichtung nicht nachkommen, wird keine Niederlassungsbewilligung erteilt

Zu den Kosten: Grundsätzlich hat das zu gelten, was auch an privaten Schulen gilt: Einheitliche Gebühren, keine Abstufung nach der sog. wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, da diese ja bemessen wird nach der steuerlichen Veranlagung, die oft sehr wenig aussagt über die tatsächlichen finanziellen Verhältnisse.

Diese Gebühren sind kostendeckend zu gestalten. Denn diese Menschen sind ja aus freiem Willen zu uns gekommen, weil sie sich Vorteile davon versprechen. Deshalb ist nicht mehr als recht, dass diesen Menschen das Leben hier auch etwas wert ist.

Inhalt dieses Integrationskurses sind neben einem Grundkurs Deutsch die Vermittlung der Grundwerte des schweizerischen Rechtssystems, die Vermittlung der hier geltenden Wert-

vorstellungen (gerade auch mit Blick auf das oft andere Rollenverständnis von Frau und Mann) sowie Fragen der interkulturellen Kommunikation, in die auch praktische Aspekte wie „Arbeit“ und „Wohnen“ mit einfließen sollen.

Werner Schmid
namens der SVP-Fraktion